



**HSGB**  
HESSISCHER STÄDTE-  
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Nur per E-Mail: [m.becker@ltg.hessen.de](mailto:m.becker@ltg.hessen.de)  
[h.zinsser@ltg.hessen.de](mailto:h.zinsser@ltg.hessen.de)

Hessischer Landtag  
Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses  
Herrn Bernd Erich Vohl MdL  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

Referent Herr Dr. Rauber  
Abteilung 1.2  
Unser Zeichen 1.2-Dr.R

Telefon 06108 6001-20  
Telefax 06108 6001-57  
E-Mail [hsgeb@hsgeb.de](mailto:hsgeb@hsgeb.de)

Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht vom

Datum 17.01.2025

## Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Haushaltsgesetz 2025

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir.

Die hessischen Kommunen sind zumindest überwiegend nicht auskömmlich ausgestattet (I.). Entsprechend brauchen die Kommunen Entlastungen bei Aufgaben und Standards und höher dotierte Zuwendungen des Landes (II.).

### I. Auskömmliche Finanzausstattung

Eine auskömmliche Finanzausstattung verlangt, dass die Kommunen ihre eigenen pflichtigen und freiwilligen Aufgaben im Rahmen von genehmigten Haushalten erfüllen können und dabei nicht auf Kreditaufnahmen und regelmäßige Erhöhungen der Hebesätze der Grundsteuer B angewiesen sind.

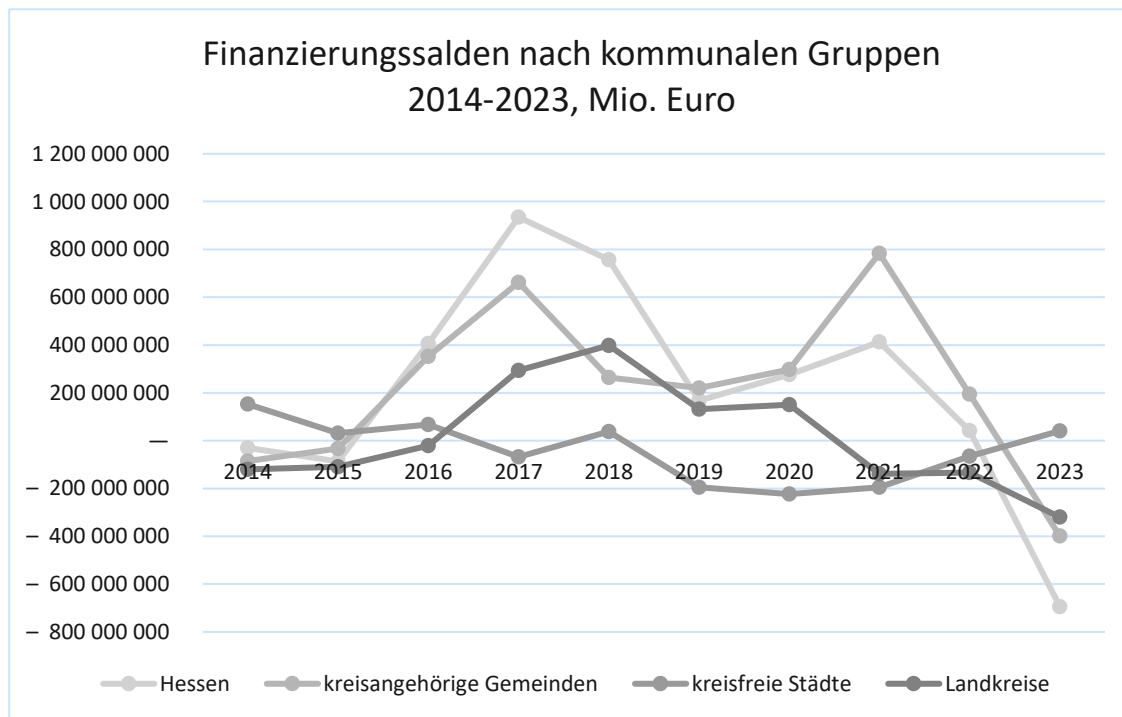
**Hessischer Städte- und Gemein-  
debund e.V.**  
Henri-Dunant-Str. 13  
D-63165 Mühlheim am Main  
Telefon 06108 6001-0  
Telefax 06108 6001-57

**BANKVERBINDUNG**  
Sparkasse Langen-Seligenstadt  
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31  
BIC: HELADEF1SL5  
Steuernummer: 044 224 00204

**PRÄSIDENT**  
Markus Röder  
**ERSTER VIZEPRÄSIDENT**  
Carsten Helfmann  
**VIZEPRÄSIDENT**  
Matthias Baaß

**GESCHÄFTSFÜHRER**  
Johannes Heger  
Dr. David Rauber  
Harald Semler

Die Haushaltslage der weitaus meisten hessischen Städte und Gemeinden ist zunehmend schwierig. Waren in zurückliegenden Jahren überwiegend jahresbezogen ausgeglichene Haushalte zu verzeichnen, wurden bereits 2023 verstärkt Rückgriffe auf Reserven erforderlich. Auch der vom Hessischen Statistischen Landesamt veröffentlichte Finanzierungssaldo sank 2023 stark ins Negative:



(eigene Berechnung und Darstellung auf Grundlage der Daten des Hessischen Statistischen Landesamts)

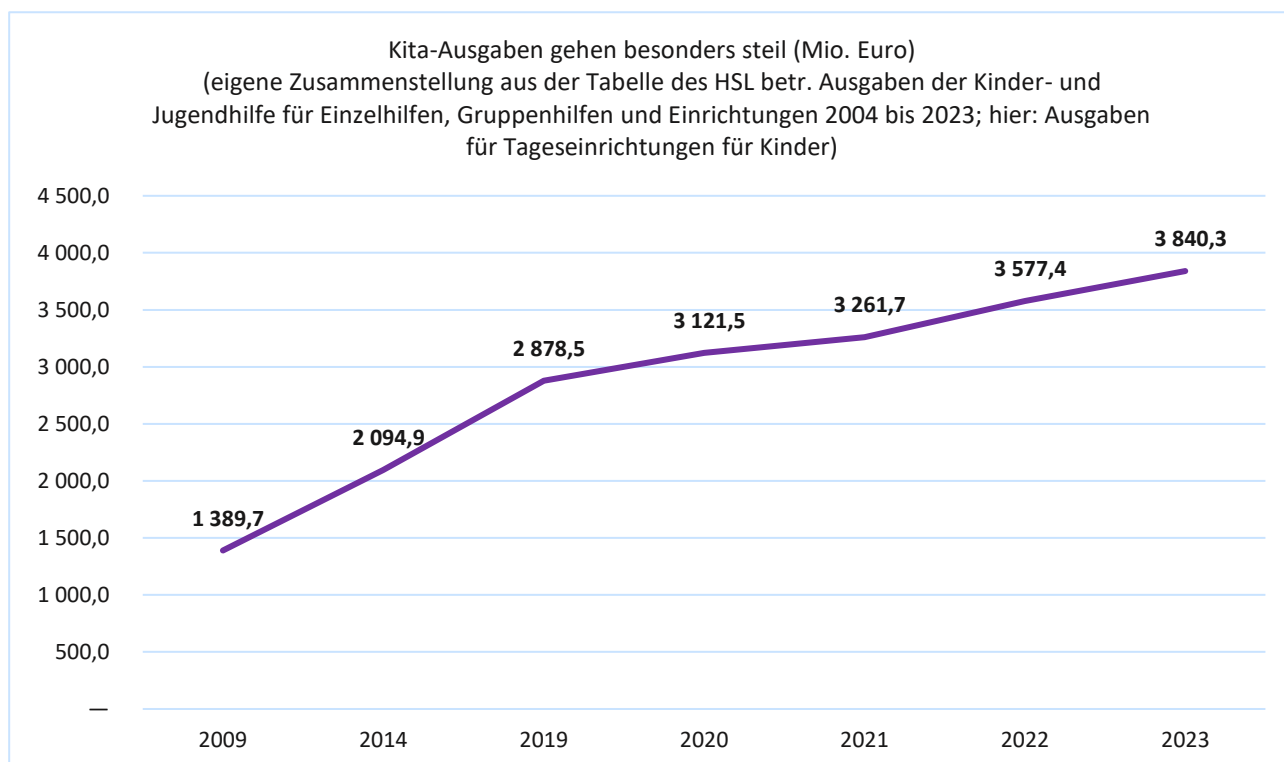
Lediglich die Gruppe der kreisfreien Städte verzeichnete 2023 noch einen leicht positiven Finanzierungssaldo. Im kreisangehörigen Bereich verzeichneten beide kommunalen Ebenen, sowohl die kreisangehörigen Städte und Gemeinden als auch die Landkreise, stark negative Finanzierungssalden. Damit ist auch die im Hessischen Finanzausgleichsgesetz angelegte Finanzierung der Landkreise über die Kreis- und Schulumlage nicht mehr möglich.

Hintergrund der Entwicklung ist das starke Wachstum der kommunalen Ausgaben. In nur fünf Jahren stiegen die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit für die kommunalen Gruppen wie folgt (soweit nicht anders angegeben, Mrd. Euro):

	2019	2020	2021	2022	2023	Veränderung 2023 zu 2019 %
kreisangehörige Gemeinden	10,2	10,5	10,8	11,6	12,7	+24,0%
kreisfreie Städte	6,8	7,1	7,4	7,9	8,3	+22,5%
Landkreise	6,8	7,1	7,5	8,1	9,0	+32,6%

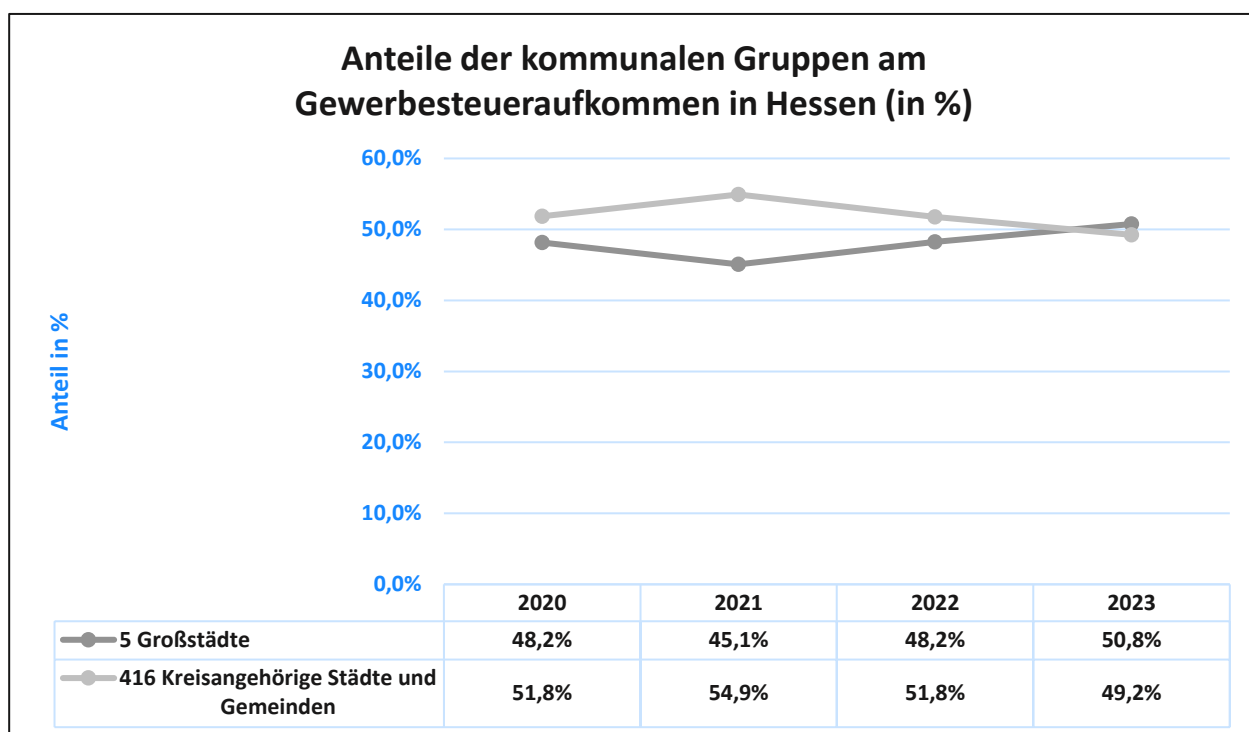
Die Ausgabenzuwächse der Landkreisebene werden aufgrund der Systematik der Kreisumlagefinanzierung zunehmend auf die Städte und Gemeinden umgelegt.

Eine Sonderrolle aufgrund besonders starker Ausgabendynamik nimmt insbesondere für die Gruppe der Städte und Gemeinden der Bereich der Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder ein.



Auch die Verschuldung mit Investitionskrediten nimmt bei den hessischen Kommunen seit Längerem deutlich zu. Das zeigt, dass die Gemeinden eine wenigstens teilweise Finanzierung von Investitionen aus Eigenmitteln zusehends weniger gewährleisten können. Vielmehr stiegen die Bestände der hessischen Kommunen an Investitionskrediten von (2014) 11,77 Mrd. Euro auf 15,16 Mrd. Euro (2023, ein Plus von 28,9%).

Mit großem Befremden werden im kreisangehörigen Bereich regelmäßige Darstellungen des Landes aufgenommen, wonach die kommunale Ebene Einnahmezuwächse bei der Gewerbesteuer verzeichne. Die Gewerbesteuer ist in Hessen eine ausgeprägte Großstadtsteuer.

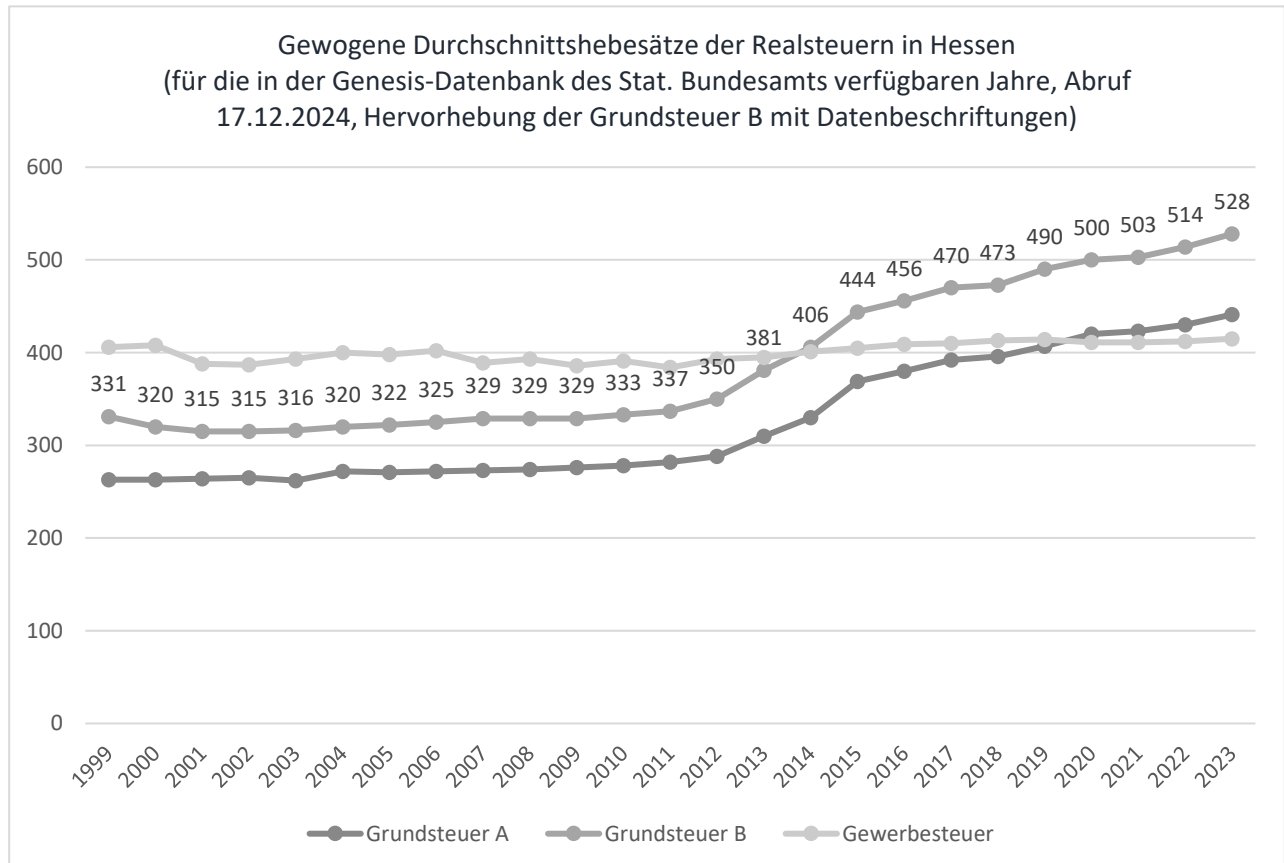


So erzielten auch 2024 nach den regelmäßig aktualisierten Daten des Hessischen Statistischen Landesamts die 416 kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Hessen zusammen im ersten bis dritten Quartal 2024 48,4% des Gewerbesteueraufkommens; die fünf kreisfreien Städte 51,6%. Zudem legte in den kreisangehörigen Gemeinden das Aufkommen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 0,2%, in den kreisfreien Städten um 7,6% zu.

Die Hebesätze der Grundsteuer B sind in Hessen in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen. Hierin liegt mit Blick auf den erforderlichen Haushaltsausgleich ein Krisenindikator,

denn die Gemeinden müssen selbst in Zeiten steigender Steuereinnahmen wegen überproportional stärker wachsender Haushaltsbelastungen insbesondere von Pflichtaufgaben noch zusätzliche Mittel mobilisieren.

Die Entwicklung stellt sich folgendermaßen dar:



## II. Ausgestaltung des Landeshaushalts 2025 im Bereich des KFA

Im Landeshaushalt 2025 ist ein Aufwuchs der Finanzausgleichsmasse auf 7.131 Milliarden Euro vorgesehen. Wir weisen darauf hin, dass dabei ein erheblicher Anteil von den Kommunen selbst aufgebracht wird. Das erfolgt über die

- Heimatumlage, 429 Mio. Euro
- Krankenhausumlage, 177,05 Mio. Euro
- Solidaritätsumlage, 130 Mio. Euro.

## 1. Kommunalen Finanzausgleich: Schlüsselzuweisungen

Die Schlüsselzuweisungen für die drei kommunalen Gruppen haben sich wie folgt entwickelt (Mio. Euro, Festsetzungen bzw. Planungsdaten 2025 des HMdF, Haushaltsentwurf 2025):

	2022	2023	2024 (Nachtrag)	2025
kreisangehörige Gemeinden	1.868,00	2.096,40	2.110,76	2.209,39
kreisfreie Städte	944,66	923,34	976,39	994,06
Landkreise	1.257,59	1.380,78	1.414,81	1.486,58

Der Aufwuchs an Schlüsselzuweisungen hielt mit der stark negativen Entwicklung des Finanzierungssaldos der kreisangehörigen Gemeinden und der Landkreise bei weitem nicht mit. Zudem beruhen die Zuwächse der Teilschlüsselmassen stark auf dem Aufkommen von Solidaritäts- und/oder Heimatumlage, die die Städte und Gemeinden selbst aufbringen. Für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden kommt erschwerend hinzu, dass die Schlüsselzuweisungen voll in die Umlagegrundlagen der Kreis- und Schulumlage einbezogen sind mit der Folge, dass Zuwächse an dieser Stelle im Durchschnitt mehr als hälftig an den jeweiligen Landkreis durchgereicht werden.

Erforderlich ist eine merkliche Höherdotierung der Zuweisungen an die kommunalen Gruppen, die mit der dargestellten Ausgabendynamik der zurückliegenden Jahre wenigstens einigermaßen Schritt hält.

## 2. Zweckgebundene Finanzaufweisungen im KFA

Der Landeshaushalt sieht erneut Zuweisungen für Digitalisierungsprojekte von 20 Mio. Euro vor. Sie werden vollständig aus dem Aufkommen der Heimatumlage und damit ausschließlich aus dem Gewerbesteuerertrag der Städte und Gemeinden finanziert.

Der HSGB spricht sich nachdrücklich für eine standardisierte Ende-zu-Ende-Bearbeitung der Verwaltungsleistungen des übertragenen Wirkungskreises aus.

Hier fordern wir konkret, dass die bisher zu stark auf Einzelprojekte einzelner Kommunen fokussierte Förderpraxis geändert wird. Im Vordergrund sollten mit Blick auf den hohen Nutzen **alltagstauglicher und breit verwendbarer Digitalisierungsvorhaben und Projekte** stehen, die unmittelbar möglichst vielen Städten, Gemeinden und Landkreisen zu Gute kommen und inhärent die gesetzlichen Anforderungen an die jeweils betroffene Aufgabe, der Datensicherheit, des Datenschutzes und der Barrierefreiheit der IT sicherstellen. Prioritäre Anwendungsfälle sind die als **Weisungs- und Auftragsangelegenheiten** Aufgaben mit besonders starker Nachfrage für die breite Bevölkerung, im Bereich der Städte und Gemeinden also insbesondere Ordnungs-, Pass-, Ausweis- und Meldewesen, aber auch Themen des übertragenen Wirkungskreises mit Bezug zur Wirtschaftsförderung wie etwa Bauaufsicht.

Weitere Anwendungsfälle wären auch etwa die viel stärker digitalisierte Erstellung kommunaler Jahresabschlüsse einschließlich **Anhang** und **Rechenschaftsbericht**, die für viele Kommunen nach wie vor mit hohem Arbeitsaufwand verbunden sind.

Inhaltlich sehen wir die jeweiligen Fachressorts in der Verantwortung. Dies wäre auch ein spürbarer Beitrag zum Bürokratieabbau und zur sinnvolleren Auslastung knappen Fachpersonals. Soweit einzelne besonders große und finanziell starke Städte eigene Lösungen vorhalten wollen, sollte dies optional zulässig sein.

### **3. Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (Brandschutzförderung)**

Für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist eine Mitfinanzierung der Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes durch das Land von großer Bedeutung. Die ausgewiesenen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen sind 2025 rückläufig. Angesichts der vielfältigen Investitionserfordernisse und der Kostenentwicklung bei Fahrzeugbeschaffungen und Baumaßnahmen geht das in die völlig falsche Richtung.

### **III. Weitere konkrete Maßnahmen zur Stützung der Kommunalfinanzen**

Das Land kann die kommunale Finanzausstattung neben Zuweisungen auch durch folgende Maßnahmen verbessern. Die finanziellen Schieflagen lassen sich wirksam weiterhin nur adressieren durch

- Bereitstellung entsprechender Finanzmittel,
- Entlastung von bereits auferlegten Aufgaben,
- vorgegebene und kostentreibende Standards für die Aufgabenerfüllung absenken,
- Sicherung bestehender und Erschließung zusätzliche eigene Einnahmequellen der Kommunen,
- Verzicht auf Zuweisung neuer Aufgaben trotz politischer Wünschbarkeit.

Insbesondere sollte das Land zusätzliche Belastungen der Kommunen durch Ertragsverschlechterungen oder vermeidbare zusätzliche Aufwendungen vermeiden.

Zu nennen sind hier in den kommenden Monaten vordringlich insbesondere diese Punkte:

- umfassende Sicherung der Gewerbesteuer als bedeutender eigener Einnahmequelle der Kommunen durch entsprechende Einflussnahme des Landes auf der Bundesebene,
- keinerlei Schmälerung der Grundsteuer durch Befreiungen (s. dazu die Diskussion um Verschonungen von Freiflächen-PV-Anlagen oder vergleichbar einzelinteressengeleitete Maßnahmen),
- Zustimmung zu neuen Rechtsansprüchen und Leistungsausweitungen durch die Bundesebene nur bei vollständiger Finanzierung durch den Bund oder entsprechende Zusage der vollständigen Übernahme der entstehenden Kosten durch das Land,
- Frühzeitige Klärung bzgl. der ab 2026 zu erwartende Entwicklung (realistische Anpassung an die Kostenentwicklung) der Pauschalzahlungen nach dem nur bis 31.12.2025 befristet in Kraft befindlichen HKJGB geschaffen wird,
- Sicherung bestehender, praktisch anspruchserfüllender Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter auch außerhalb der Landesprofile mit Blick auf den ab 1.8.2026 einsetzenden Rechtsanspruch nach SGB VIII,
- Klarheit zur künftigen Struktur im Krankenhausbereich und seiner Finanzierung außerhalb kommunaler Haushalte: Betriebskostendefizite belasten einige Kommunalhaushalte stark, haben aber nach der bundesgesetzlichen Finanzierungssystematik in kommunalen Haushalten nichts zu suchen,



- Vereinfachungen in Verwaltungs- und insbesondere Förderverfahren und Verzicht auf kostentreibende Verfahrensvorgaben bei Vorbereitung und Durchführung der Antragstellung, Dokumentation der Durchführung und Gestaltung und Prüfung der Verwendungsnachweise.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. David Rauber  
Geschäftsführer